

UNO, WEF, EU organisieren globalen Krieg gegen Landwirte

Dr. Peter F. Mayer

Die UNO, EU, das WEF und andere Organisationen fördern die Verwendung von Unkraut und Ungeziefer als Nahrungsmittel. Dies und eine Vielzahl anderer Anzeichen deuten darauf hin, dass UNO, EU und das WEF im Auftrag des Finanzkapitals hinter einem globalen Krieg gegen die Landwirte stehen.

Die Ziele der Industrialisierung und Konzentration der Landwirtschaft sind spätestens in den 1950er Jahren in den USA unter aktiver Mitwirkung der Stiftungen von Oligarchen wie Rockefeller oder Ford sowie der Hochfinanz entwickelt worden. Die Gründung des WEF datiert in diese Zeit in den USA. [Mehr dazu hier](#).

Die "Agenda 2030" der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und die Partner der Vereinten Nationen beim Weltwirtschaftsforum (WEF) stehen in direktem Zusammenhang mit den zunehmenden regulatorischen Angriffen auf landwirtschaftliche Erzeuger von den Niederlanden und den Vereinigten Staaten bis nach Indien und darüber hinaus.

Tatsächlich sind einige der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen direkt mit der Umsetzung von Gesetzen verbunden, die Druck auf die globale Landwirtschaft, Viehzucht und Nahrungsmittelquellen ausüben.

Die von den Vereinten Nationen unterstützten Nachhaltigkeitsvorschriften für die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion würden nach Ansicht einer Reihe von Experten den wirtschaftlichen Ruin, eine Verknappung lebenswichtiger Güter, weit verbreiteten Hunger und einen erheblichen Verlust persönlicher Freiheiten verursachen, wenn sie nicht gestoppt werden.

Offizielle Stellen sagen voraus, dass sich die gefährliche [Lebensmittelknappheit](#), unter der Millionen von Menschen bereits jetzt leiden, im Laufe des Jahres noch verschlimmern wird.

Nach dem was wir aus den frühen 1960 Jahren wissen – siehe oben – gibt es klare Ziele: Industrialisierung der Landwirtschaft und Konzentration in Händen der Superreichen und des Finanzkapitals inklusive Besitz an Grund und Boden. Ein weiteres Ziel, das schon 1960

genannt worden war, ist die **Reduzierung der Weltbevölkerung**.

Auch laut UN-Papieren steht der private Landbesitz im Fadenkreuz, da die globale Nahrungsmittelproduktion und die Weltwirtschaft verändert werden, um die globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Die 2015 festgelegten Ziele *“bauen auf jahrzehntelanger Arbeit von Ländern und der UNO auf“*, wie die UNO auf ihrer [SDG-Website](#) erklärt.

Die Konferenz der Vereinten Nationen über menschliche Siedlungen, oft als Habitat I bezeichnet, die die [Erklärung von Vancouver](#) verabschiedete, war eine der ersten Konferenzen, auf der die “Nachhaltigkeits“-Agenda definiert wurde.

Laut der Vereinbarung ist privater Landbesitz *„ein Hauptinstrument der Akkumulation und Konzentration von Reichtum und trägt daher zu sozialer Ungerechtigkeit bei“*, und *„Land kann nicht als gewöhnlicher Vermögenswert behandelt werden, der von Einzelpersonen kontrolliert wird“*. Außer natürlich, wenn das Land in den Besitz der Stiftungen von Rockefeller, Ford oder Gates gelangt. Aber die Stiftungen haben ja philanthropische Zwecke.

In der UN-Resolution heißt es, dass *“die öffentliche Kontrolle der Landnutzung daher unverzichtbar ist“*, womit die berühmt gewordene Vorhersage des Weltwirtschaftsforums begründet wird, dass man *“bis 2030 nichts mehr besitzen wird“*.

Seitdem haben eine Reihe von UN-Organisationen und -Vertretern ihre Vision von “Nachhaltigkeit” beschrieben, die Forderungen nach einer **deutlichen Begrenzung des Energieverbrauchs, des Fleischkonsums, des Reisens, des Lebensraums und des materiellen Wohlstands** beinhaltet.

Da Vertreter aus aller Welt, darunter US-Präsident Joe Biden und der Leiter des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen David Beasley, vor einer drohenden weltweiten Nahrungsmittelknappheit warnen, wird die **Lebensmittelproduktion immer strenger reguliert**, und es gibt sogar Versuche, zahlreiche **Farmen und Ranches zu schließen**.

Doch die westlichen Nationen und viele von der Entwicklungshilfe abhängige Staaten verschärfen die Vorschriften noch weiter, anstatt sie zu lockern und die Produktion zu steigern.

In diesem Sommer reagierten die niederländischen Landwirte, die bereits am Rande der Belastungsgrenze standen, mit weit verbreiteten, massiven Protesten. Es folgten turbulente Unruhen in Sri Lanka, die mit der durch politische Entscheidungen verursachten Nahrungsmittelknappheit zusammenhängen.

Regierungen und internationale Organisationen haben eine Vielzahl von Rechtfertigungen für diese Politik angeführt, z. B. die Förderung der “wirtschaftlichen Gerechtigkeit”, den Schutz verschiedener Tier- und Pflanzenarten und sogar die Rückgabe von Land an die Ureinwohner.

Die Gegner der Politik wissen jedoch, dass das Ziel keineswegs darin besteht, die Umwelt zu schützen oder den Klimawandel aufzuhalten. **Die “Nachhaltigkeits“-Geschichte** und die anderen Erklärungen, so warnen die Experten, sind **in Wirklichkeit eine Taktik, um die**

Kontrolle über Lebensmittel, Landwirtschaft und Menschen zu erlangen.

Laut Craig Rucker, Leiter des [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT), einer politischen Organisation, die sich auf Umwelt- und Entwicklungsfragen konzentriert, „ist das Endziel dieser Bemühungen, *die Souveränität der einzelnen Nationen und Menschen zu reduzieren.*“

Der Zweck ist, die Autorität auf nationaler und sogar internationaler Ebene zu konsolidieren. „Die Absicht derjenigen, die diese Agenda vorantreiben, ist nicht, den Planeten zu retten, wie sie behaupten, sondern die Kontrolle über die Menschen zu erhöhen“, sagte er.

UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung – Agenda 2030

Die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten haben 2015 die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals), auch bekannt als **Agenda 2030, als Fahrplan für die „Umgestaltung unserer Welt“** verabschiedet. Die 17 Ziele enthalten 169 Vorgaben, die jeden Aspekt der Wirtschaft und des menschlichen Lebens abdecken, und werden von hochrangigen Vertretern der Vereinten Nationen als **“Masterplan für die Menschheit”** und als globale “Erklärung der gegenseitigen Abhängigkeit” angesprochen.

In der Präambel des Dokuments heißt es, dass „*niemand zurückgelassen wird*“ und dass „*alle Länder und alle Interessengruppen, die in partnerschaftlicher Zusammenarbeit handeln, diesen Plan umsetzen werden*“.

Ziel 10 des UN-Plans beinhaltet unter anderem eine Umverteilung des Reichtums auf nationaler und weltweiter Ebene sowie „*grundlegende Veränderungen in der Art und Weise, wie unsere Gesellschaften Güter und Dienstleistungen produzieren und konsumieren*“.

Die SDGs betonen den Einsatz von Regierungen zur **Reform aller wirtschaftlichen Aktivitäten**, wobei Ziel 12 „*nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster*“ fordert.

Mehrere der in Ziel 12 aufgeführten spezifischen Ziele stehen in engem Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Praktiken, die die Nahrungsmittelproduktion gefährden. Dazu gehören „*nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen*“.

Das Dokument fordert „*eine umweltverträgliche Bewirtschaftung von Chemikalien und allen Abfällen während ihres gesamten Lebenszyklus in Übereinstimmung mit vereinbarten internationalen Rahmenwerken*“, was vielleicht noch wichtiger ist.

Infolgedessen soll „*die Freisetzung von Chemikalien in Luft, Wasser und Boden deutlich reduziert werden, um ihre negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu minimieren*“, insbesondere für Landwirte.

Ziel 14 der SDGs, das „*Meeresverschmutzung aller Art, insbesondere durch landgestützte Aktivitäten, einschließlich ... Nährstoffverschmutzung*“ betrifft, ist ein weiteres SDG, das in direktem Zusammenhang mit dem steht, was Kritiker als “Krieg gegen Landwirte” bezeichnen. **Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion werden von den Vereinten Nationen häufig als Bedrohung für den Ozean genannt.** Angesichts der Hunderten Milliarden von Masken aus Plastikfasern, die in den vergangenen zweieinhalb Jahren in den Meeren und in den Boden

gelandet, klingt das wie Hohn.

Federführend ist dabei die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die in ihrem Bericht “[Building a Common Vision for Sustainable Food and Agriculture: Principles and Approaches.](#)” von 2014 strenge Beschränkungen fordert für den Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden, Emissionen und Wasser im Agrarsektor.

Dem FAO-Bericht zufolge ist „*der übermäßige Einsatz von Stickstoffdünger eine der Hauptursachen für Wasserverschmutzung und Treibhausgasemissionen.*” Diese Aussage verdeutlicht, wie die Landwirtschaft umgestaltet werden muss, damit sie von den Vereinten Nationen als nachhaltig anerkannt wird.

Bild von [David Mark](#) auf [Pixabay](#)

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um [Unterstützung](#).

Folge uns auf Telegram und [GETTR](#)

[Die Ursprünge des Great Reset liegen in den USA in den 1950er Jahren](#)

[UN-Bericht: Globale Abschottungspolitik treibt über 150 Millionen Menschen in den Hungertod](#)

[EU Green Deal in den Niederlanden: Zerschlagung von Landwirtschaft und Mittelstand sowie Förderung der Großindustrie](#)

[Widerstand gegen die “Food Transition”: Gentechnologie und Abhängigkeit](#)